

Höheren höheren Verdienst gewährt. Er hat, wie Schmolzer, einer der besten Kenner dieser Materie, sagte, teils durch Erziehung, teils durch Anstrengung, teils durch die neueren richtigen, flinkerer Arbeiter-tätigkeit geschaffen und im ganzen die Höhe und das Niveau der Lebenshaltung gehoben. Im Bergbau ostend es schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts, von ihm und von der Seimarbeiter aus hat es die ganze Industrie erobert. Das Arbeitslohn hat den großen Fortschritt der Produktion. Und gerade Steigerung der Produktion ist es, was der Industrie so bitter nottut und deshalb eine der Hauptaufgaben der Betriebsleiter nach ihrer Dienstverpflichtung ist. Millionen Tonnent die letzten der deutschen Industrie, weil wir auf Grund des harten Friedensvertrages zur Abgabe ungeheurer Mengen Kohle in die Entente gezwungen sind. Ein großer Teil der Arbeiter ist ohne sein Verdienst durch das Leben im Felde regelmäßige Arbeit entzogen und muß erst allmählich an sie zurückgewöhnt werden. Jedes Mittel muß da mit Freude begrüßt werden, das unter Führung der notwendigen Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse die Leistungsfähigkeit des Bergarbeiters steigern hilft. Wer den Tarifvertrag vorurteillos prüft, wird sich kaum überlegen müssen, wie es einmal die Zeitläufe der durch den Krieg hervorgerufenen Verdrängung der Leistungsfähigkeit berücksichtigt und zum anderen die Erhöhung der Leistung über das jetzige Durchschnittsmaß hinaus im Interesse der Arbeiter und der Allgemeinheit zu fördern vermag. Das geschieht den Männern, Arbeitnehmern wie Arbeitgebern, die diesen einschichtig, vorwiegend sozialen Vertrag abgeschlossen haben. Und da mag es das Volksblatt, von Veranbarung des „nationalen Ordnungssystems“ zu sprechen, in einer Zeit, in der jeder weiß, daß mit möglichst wenig Arbeit möglichst viel Geld zu verdienen, mag es, in dieser Weise ein System zu entwickeln, das den Beteiligten Gehalt, und ein Zentrum zu verlangen, das die Leistungsfähigkeit nicht bricht, sondern heilt.

Das Volksblatt ist nicht zu befehlen und will nicht befehrt werden; seine klugen Leiter wissen die Wahrheit; seine Leser hören stets nur eine Melodie, die ihnen lieblich klingt und ihre eigene Urteilskraft beunruhigt; dem jeder dieses Blattes soll aber einmal an einem frohen Beispiel gezeigt werden, mit welcher unverantwortlichen Mitteln das Volksblatt arbeitet.

Wenn neue Kämpfe bevorstehen, auf die das Volksblatt hinweist, ist für ein volk gereicht und geschäftlich. Was von Schuld das geradezu verbrecherische Treiben vor unabhängigen Presse.

Graf Bernstorff über die Rolle des U-Boot-Kriegs in der deutschen Tragödie.

In einem längeren Artikel, der jenseits in der Wochenchrift „Das demokratische Deutschland“ erschienen ist, entwickelt der frühere Reichskanzler Graf Bernstorff seine Gedanken über das zukünftige Verhältnis Deutschlands zu Amerika. Er kommt zu dem Schluss, daß unsere Politik nicht ausgehen muß, eine Revision des Friedensvertrages nach den und dem, was wir verlangen, und daß eine solche Politik uns ganz von selbst ein U-Boot-Krieg in den Staaten führen würde. Aus Bernstorffs Beweisführung und seine Mitteilungen über die Vorgeschichte der Kriegsteilnahme der Union und die entscheidende Rolle, die der U-Boot-Krieg dabei spielte, von besonderer Bedeutung. Wir geben daraus das Nachstehende wieder:

Zwei Seelen wohnen während des ganzen Krieges in der deutschen Politik, die eine war militärisch-juristisch, die andere zivilistisch-politisch gerichtet. Alle Meinungen anderer Regierungen, die während der Zeit der amerikanischen Neutralität nach Washington gelangten, waren entweder von der einen Richtung diktiert oder das Ergebnis eines Kompromisses zwischen beiden. Man kann also nicht mehr Recht von einer Neutraleität der deutschen Politik als von deren „Doppelzüngigkeit“ sprechen. Die eine Richtung wollte den U-Boot-Krieg führen, wenn auch die Vereinigten Staaten dadurch zum Bruch mit uns gezwungen wurden, die andere wollte auf Präsident Wilsons Politik eingehen und so zum Frieden gelangen. Der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen begann mit dem „Autstos“ zwischen dem und endigte durch die Erklärung des unangenehmsten U-Boot-Krieges mit einer Niederlage der Zivilisten. Als einer der Hauptbestandteile an diesem Kampfe kann ich auf das Bündliche verweisen, daß die deutsche Zivilpolitik immer sonnenwendig dem gleichen Ziel im Auge behielt. Sie hat nicht, wie noch heute viele gemeinhin glauben, nur zu dem Zwecke Verhandlungen geführt, damit insoweit der U-Boot-Krieg vorbereitet werden könnte. Sie hat in Amerika auch keine „Versicherungen“ eingeleitet. Von den schlimmsten Dingen, welche daraus von der militärisch-juristischen Richtung getrieben worden, wie z. B. der Wilsons Kintzen, hat die deutsche Zivilverwaltung überhaupt keine Kenntnis gehabt. Die beiden Hauptpläne, welche uns unter der Rubrik „Doppelzüngigkeit“ vorgeschrieben werden, das Wilson-Diner zu Ehren des Reichskanzlers Gerard und die Mexiko-Depesche, wurden erst begangen, als die Berliner Zivilverwaltung vor der Übermacht der militärisch-juristischen die Segel gelassen hatte. Wie ver Astrolog im „Hauß“ gab damals die deutsche Regierung nur noch solche Erklärungen ab, die von dem militärisch-juristischen Standpunkt aus als zureichend angesehen wurden. Dieses Augenbild von der Höhepunkt der deutschen Politik. Die gerade damals eingeleitete Verwirklichung des Herrn Wilsons wurde durch unsere Schuld vereitelt und der Krieg verloren. Alle nach im letzten Augenblick von Washington aus gemachten Bemühungen, die Berliner Entscheidung zu ändern, scheiterten verhältnißmäßig wegen „technischer Schwierigkeiten“. Was man von der Minute angeschlossen, gibt keine Einzeltat!

Die Ereignisse, auf die zur Erklärung der Veränderung in der Haltung Amerikas immer wieder hingewiesen werden muß, sind zwar längst kein Geheimnis mehr. Aber ihrer Darlegung aus dem Munde eines der Hauptbeteiligten kommt große dokumentarische Bedeutung für spätere Untersuchungen der Vorgeschiehte unserer Niederlage zu.

Abendigung der preussischen Landesversammlung.

Am 16. Juli wird die Sitzung wieder aufgenommen. Die Aussprache über die Anträge zum Landarbeiterfreiz wird fortgesetzt.

Hg. Hunsner (U. S.) erklärt, daß es nie zum Streit gekommen wäre, wenn man die berechtigten Forderungen der Landarbeiter erfüllt hätte.

Hg. Reich (D. Wp.) behauptet, daß der Landwirtschaftsminister alle Schuld den Arbeitgebern zugeschoben habe. Vom Landarbeiterstand sei zum Streit gehebt worden. (Lärm bei den Sog.)

Hg. Reilmann (Sog.) erklärt in einer persönlichen Bemerkung gegenüber den Angriffen des Hg. Meerhoff, er halte daran fest, daß es parlamentarische und kommunistische Agitationen gebe, die zum Streit führe, lediglich um des Glanz zu vergrößern und ihr Ziel, die Gewerkschaften, zu erreichen. Dem Meerhoff von einem Schmuckstein gesprochen habe, so irre er sich im Begriff, nicht der ist der Schmuckstein, der mit Schmutz beworfen wird, sondern der, der mit Schmutz wirft.

Damit ist die Aussprache über die Landarbeiterfreiz erledigt.

Am 9. Juli wird die Aussprache über das Ministerium des Innern fortgesetzt.

Hg. Reich (U. S.) richtet heftige Angriffe gegen die Mehrheitskommission; jetzt werde nur mit Wahingemengenen und Handtroupen regiert.

Nächste Sitzung: Freitag 12. Juli.

Schluß 11 Uhr.

Eine weitverzweigte Organisation.

Wie verschiedentlich aus Stralund gemeldet wird, scheint man jetzt auf dem Lande das nötige Material zusammen zu haben, um beweisen zu können, daß der ganze Landarbeiterfreiz auf eine weitverzweigte Organisation zurückzuführen ist. Bereinzelt steht die Anzahl aus Weimar, die Hege arbeiten daran, zum 4. August einen allgemeinen Landarbeiterfreiz in Deutschland herbeizuführen.

Die Beamten und die Auslieferung des Kaisers.

WTB. Berlin, 16. Juli. Gegen die Auslieferung des Kaisers und seiner Berater und Heerführer an unsere Feinde hatte bereits vor Monatsfrist eine Vertrauensmännerversammlung von Beamten der Berliner Behörden Stellung genommen. Die Kundgebung dieser Beamten hat in weiteren Kreisen der deutschen und preussischer Beamenschaft lebhaften Widerhall gefunden, jedoch Gehör auf dem offiziellen Jubiläumskommunikations-erklärungen von Behörden, Beamtenvereinen und einzelnen Beamten eingegangen sind. Am 11. d. Mts. fand eine zweite Versammlung von Vertrauensleuten der Berliner Behörden statt, die einmütig folgende erneute Kundgebung beschloß:

„Der Anruf vom 15. Juni, mit dem Zehntausende deutscher und preussischer Beamter aus allen Teilen des Vaterlandes gegen die Auslieferung des Kaisers protestiert haben, ist durch den schmählichen Frieden von Versailles überholt. In unserm angezogenem Volk ist die schamlose Rüge des Schuldkenntnisses, die ungeheuerliche Selbstentehrung der Auslieferung abgelehrt. Die Tränen um unsere vaterländische Größe schweigt unter dem Aufschwung tiefster Empörung, der 60 Millionen deutscher Herzen erbeben läßt.“

Ruhr uns Beamte kommt ein weiteres hinzu. Unser Beruf ruht auf der Unantastbarkeit des Rechts, das die Auslieferung deutscher Bürger verbietet. Ein- und jugelicher Gewalt gestifteter Friede läßt dies sittlich tief begründete Recht unberührt. Jede Mitwirkung an Auslieferungsverhandlungen zerstückt die sittlichen Grundlagen, auf denen die nationale Ordnung beruht und die die Beamenschaft auch in tiefer vaterländischer Not zu wahren entschlossen ist. Wir erwarten, daß die Beamenschaft jeder mittelbaren und unmittelbaren Beteiligung an solchen Handlungen um ihrer selbst und um des Vaterlandes willen sich entzieht.

Im Hinblick auf die Unantastbarkeit des Rechts erheben wir noch einmal unsere Stimme. Möchte sie alle die erreichen, die unter der Beflagung des Weltkrieges den Sinn für Recht und Ehre sich wahren und sich erinnern, daß es von je als schämehafte Vergeßlichkeit und ungeheurerlicher Rechtsbruch galt, wenn Kläger und Richter dieselbe Person sind und ein Urteil der Grundlage fester, nicht erst nachträglich geschaffener Rechtsnormen entbehrt. Im Namen dieses Rechts, das die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Welt bildet, im Namen der nationalen Ideale, für die die besten Geister aller Völker kämpften, im Namen der Toten, die für ihr Vaterland starben, im Namen seiner großen Geschichte, deren lebendige Kräfte allen für der Zeit ganzig genommen sind, protestieren wir gegen die angezeigte Schandtat, mit der der kriegstrunkene Feind ein großes, auch im Unglück stolzes Volk unantastbar bestreift wird.

Mit diesem am tiefsten Herzen kommenden und mit bebender Empörung angesprochenem Protest bedenken wir in treuer Anhänglichkeit des Kaisers und seiner todkranken Gemahlin, in heßer Dankbarkeit der bedeutenden Männer, die pflichttreu Deutschlands Schwert geschliffen und geführt haben, in stolzer Bewunderung der heldenmütigen Führer in Meer und Flotte, an deren Later Nixen und Eufel sich begeistern werden. Mit der besten Vaterlandsliebe, die wir von ihnen lernen, werden wir nicht aufhören, unsere Heiden zu ehren. Mit der Beharrlichkeit, werden wir harrigen Willkür, die den Erfolg verweigert, werden wir harrig arbeiten, das Verhängnis für die ungeheure Schmach der Fortdauer ihrer Auslieferung tief einzugraben in das geistige und sittliche Empfindungsleben unseres Volkes, bis aus der tiefen Schmach, die wir erleben, die sittliche und nationale Wiedergeburt erwächst, auf der Deutschlands Zukunft beruht.

Der Kriegsminister über das Schicksal der deutschen Schwarzmeer-Truppen.

Weimar, 17. Juli. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Mareß hat der preussische Kriegsminister Reinhardt folgende Antwort gegeben:

„Aus dem aus Saloniki einsetzenden Bericht geht unzweifelhaft hervor, daß die dort zurückgelassenen deutschen Schwarzmeertruppen entgegen den schriftlichen und mündlichen Versprechungen höher und höherer Entsendungsleiter nicht nur festgehalten, sondern sogar als Gefangen behandelt werden. Die Briefe erwähnen Krankheiten wie Malaria, Fleckfieber usw. nur nebenbei. Da unangenehme Briefe aber kaum den Weg bis zu uns finden, ist es natürlich,

wenn die Briefschreiber über diese Verhältnisse nur vorläufig schreiben. Dem von verschiedenen Seiten erwähnten Mangels an Medikamenten ist vorzuziehen worden, durch eine vom Internationalen Roten Kreuz nach Saloniki entsandte Kommission abgeholfen. Material über diese Verhältnisse ist der Waffenstillstandskommission übermittelt worden. Nach insoweit eingegangenen Nachrichten sind bereits alle in Saloniki festgehaltenen Truppen auf dem Heimwege nach Deutschland.

Regierungsmaßnahmen für den 21. Juli

In Berlin keine Straßendemonstrationen. Ueber die Maßnahmen der Regierung für den Montag in Berlin zu erwartenden großen Demonstrationen der Arbeiterfreiz erklärt das „S. Z.“: Nach den bestehenden Bestimmungen dürfen nur angemessene Versammlungen in geschlossenen Räumen, Sälen und dergleichen ungeschindert stattfinden, dagegen sind innerhalb des Reichsgebietes von Berlin alle Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel unterlegt. In den Vororten hat dieses Verbot keine Gültigkeit. Es sind also dort Massenversammlungen gestattet, und es kann erwartet werden, daß die Erlaubnis, besonders in den nördlichen und östlichen Vororten, kräftig ausgenutzt werden wird.

Besprechungen über die Besetzung der westlichen Gebiete.

Weimar, 17. Juli. Auf Einladung der Reichsregierung trafen heute die Abgeordneten der Nationalversammlung sowie der preussischen, bayerischen, badischen und württembergischen Landesparlamente, die in den besetzten rheinischen Gebieten eingesetzt sind, zusammen, um einen Bericht des Vorsitzenden der deutschen Kommission über die Ausführung des Abkommens, betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande, des Unterlandssekretärs Dr. Lewand, entgegenzunehmen. In der Hand des Vorgesetzten mit dem Friedensvertrage ratifizierten Abkommens entwickelte Dr. Lewand die Forderungen, die er der Hand in Versailles unter dem Vorsitz des Ministers Loucheur stehenden Kommission, der Besatzungsmächte gestellt hatte. Sie fanden die einmütige Zustimmung der Erghörten. In der Diskussion wurden von mehreren aller Parteien über die jüngsten Schiedungen der linksrheinischen Bevölkerung die bittersten Klagen erhoben und die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß es gelingen würde, die Ausführung des Abkommens so zu gestalten, daß insbesondere der freie Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet wiederhergestellt und die staatsbürgerlichen und bürgerlichen Rechte frei ausgeübt werden können. Reichsminister Dr. David legte die Aufgaben des Reichskommissars dar und forderte zur Bildung des diesem betagenden parlamentarischen Beirats auf. Nach längerer Debatte einigten sich die Erghörten dahin, daß der Beirat aus 18 Mitgliedern bestehen soll, von denen sieben der Zentrumspartei, vier der sozialdemokratischen, zwei der Deutschen Volkspartei und je einer der Deutschen Nationalen Volkspartei und der unabhängigen Partei angehören solle. Für jedes Mitglied des Beirats wird gleichzeitig ein Vertreter bestellt, der im Behinderungsfall des Beiratsmitglied einzuersetzen ist. Aufgabe des parlamentarischen Beirats ist, den Reichskommissar über die Wünsche und Ansprüchen der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu unterrichten und ihn bei seinen Maßnahmen zu unterstützen.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Der „Friedensvertrag“ legt in einer ganzen Reihe von Bestimmungen vom vierzehnten Tage nach seinem Inkrafttreten ab alle Macht im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet in die Hände der Entente, wobei der Zeitpunkt, wann der Vertrag eigentlich in Kraft tritt, augenblicklich überhaupt noch unbestimmt ist. Nur neue Gesetze darf die Entente nicht erlassen und keine Steuern ausheben. Die internationalisierte Kommission wird sich aus je einem Vertreter Amerikas, Englands, Frankreichs und Italiens zusammensetzen zu deren Verfügung eine größere Anzahl deutschfeindlicher Beauftragten stehen wird. Auch sonst wird jeder der eine Beeinflussung der Bevölkerung und einer mehr oder weniger starken Willkür der aktierten Mächte durch die Ausführungsbestimmungen offener Vorbehalt gelehrt. Sie sehen den Zeitpunkt fest (spätestens den 31. Dezember 1918), von dem ab der Abstimmungsbezirk, im allgemeinen jede Person über 20 Jahre, falls er nicht in Ober-schlesien geboren ist, im Abstimmungsbezirk wohnen haben muß. Jeder geborene Ober-schlesier, wo er auch gewohnt in Deutschland, ist von vornherein stimmberechtigt und darf zur Abgabe seiner Wahlstimme in die Heimat fahren. Wenn nun aber auch die Abstimmung gemeinhin nicht so sich gelte, so wird doch die Entscheidung der Entente nicht zu ändern. Die Abstimmungsergebnisse werden, nachdem sie sich auch nach den geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen und der Lage der einzelnen Gemeinden richten. Hierbei sind natürlich ganz verschiedene Meinungen möglich, und auch die Entente-Kommission wird ihre Meinung haben. Daß sie nicht gerade reich an Freundlichkeit und Verständnis über Wohlwollen für Deutschland ist, versteht sich dabei ganz von selbst!

Stempelung der Wertpapiere.

Um die zum Zweck der Steuerflucht ins Ausland gebrachten Kapitalien steuerlich zu erfassen, plant die Regierung, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, ein Postgesetz, nach dem ein in einem bestimmten Lage die Stempelung aller Wertpapiere vorgenommen wird.

Ohne diesen Stempel verlieren sie ihren Geldwert.

Dadurch werden die Befitzer solcher ins Ausland gebrachten Kapitalien gezwungen, sie ins Inland zurückzuführen, wenn sie sich vor einer völligen Entwertung ihrer Papiere schützen wollen.

Friedensverhandlungen in der französischen Kammer.

Verailles, 17. Juli. Im Friedensauschuß der Kammer wurde gestern bekannt gegeben, daß der Friedensvertrag am 5. August im Plenum verhandelt werden würde.

Der Ausschuh verlangt die Mitteilung aller Posten der Friedenskonferenz. Er kam darüber zu heftigen Meinungsäußerungen, namentlich über drei Briefe, die Marshall nach wegen der militärischen Besetzung des linken Rheinufer an die Friedenskonferenz geschrieben habe. Auch von ihrem Inhalt will die Kommission Kenntnis haben. Ministerpräsident Clemenceau wird heute nachmittag vor dem Ausschuh erscheinen und wohl Stellung zu dem Verlangen nehmen.